

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

70. Sitzung

am Mittwoch, dem 14. Januar 2004, 10:30 Uhr
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Roswitha Strauß (CDU)	Vorsitzende
Klaus-Dieter Müller (SPD)	
Hermann Benker (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Thomas Rother (SPD)	
Bernd Schröder (SPD)	
Manfred Ritzek (CDU)	i. V. von Uwe Eichelberg
Dr. Trutz Graf Kerksenbrock (CDU)	
Brita Schmitz-Hübsch (CDU)	i. V. von Dr. Johann Wadephul
Christel Aschmoneit-Lücke (FDP)	
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. von Karl-Martin Hentschel

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Erörterung des Berichts des Wirtschaftsministers über SPNV-/ÖPNV-Maßnahmen zur Minderung des MIV im holsteinischen Teil der Metropolregion Hamburg (Umdruck 15/4045)	5
2. Bericht der Landesregierung zur Anmeldung des Landes Schleswig-Holstein zum Teil III des 33. Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 2004 bis 2007 (2008)	7
Drucksache 15/3130	
hierzu: Überweisungsschreiben des Landtagspräsidenten vom 19. Dezember 2003	
3. Bericht der Investitionsbank 2002	9
Drucksache 15/2752	
4. Berichte des Wirtschaftsministers	11
- über aktuelle Entwicklungen bei der AKN	
- zu Konsequenzen der FLEX-/NVAG-/NNVG-Insolvenz	
- zum Ausschreibungsverfahren bezüglich der Stecke Flensburg (Padborg)-Hamburg	
- zu den Auswirkungen der Umsetzung der Vereinbarungen im Vermittlungsausschuss auf die Regionalisierungsmittel für Schleswig-Holstein und der Erhöhung der Netz- und Stationskosten durch die DB-Netz	
5. Bericht zum Bundesverkehrswegeplan	14
Bericht der Landesregierung	
Drucksache 15/2821	

6. Bericht über die Reduzierung von statistischen Erhebungen	15
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2549	
7. Förderung von Existenzgründungen	17
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2716	
8. Mittelstandsoffensive liegen geblieben?	18
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2896	
9. Entschließung zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit	19
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2441	
10. Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein	20
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2990	
11. Verschiedenes	21

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, eröffnet die Sitzung um 10:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Erörterung des Berichts des Wirtschaftsministers über SPNV-/ÖPNV-Maßnahmen zur Minderung des MIV im holsteinischen Teil der Metropolregion Hamburg (Umdruck 15/4045)

M Dr. Rohwer bietet Abg. Ritzek an, die Antworten auf seine Fragen zu Prognosen schriftlich nachzureichen.

RL Himstedt nennt einen Zeitraum von drei Jahren, bis sich die Fahrgastzahlen im vergrößerten Hamburger Verkehrsverbund erhöht hätten: Umdruck 15/4045, Seite 2.

M Dr. Rohwer antwortet auf Fragen von Abg. Ritzek, dadurch, dass keine Mauteinnahmen fließen, verzögere sich die Ausreichung der entsprechenden Gelder für das Antistauprogramm - in diesem Fall für die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Hamburg-Lübeck - in Höhe von 102 Millionen €. Das Planfeststellungsverfahren dafür sei weitgehend abgeschlossen. Ausgeschrieben könne allerdings erst werden, wenn die Finanzierungsvereinbarung abgeschlossen sei. Diese sei durch den Bundesverkehrsminister zugesagt. In den Folgemonaten sei mit dem Baubeginn zu rechnen.

M Dr. Rohwer führt auf Fragen der Vorsitzenden, Abg. Strauß, hin aus, ihm lägen keine belastbaren Aussagen vor, die Zweifel an dem Gutachten begründeten. Sollte es solche geben, mögen sie dem Ministerium schriftlich vorgetragen werden; sie würden überprüft. Sowohl Hamburg als auch Schleswig-Holstein seien Eigentümer der AKN und handelten somit nicht gegen deren Interessen. Es gebe derzeit Vergleichsberechnungen, die S-Bahn nach Kaltenkirchen durchfahren zu lassen. Mit einem Ergebnis sei in Kürze zu rechnen. Langfristig werde Wettbewerb auf dieser Strecke angestrebt. Dass es ungemütlich sei, im Winter in Eidelstedt umzusteigen, stehe außer Frage. Ein Qualitätssprung würde jedoch dann erreicht, wenn zu den Pendlerzeiten oder zu Hauptereignissen eine Durchbindung möglich sei.

RL Himstedt ergänzt, an dem gemeinsamen Gutachten von HVV, LVS und SVG zur Frage der Durchbindung von Zügen auf der AKN-Strecke sei auch die AKN beteiligt gewesen, Umdruck 15/4045, Seite 5. Die 630 000 € für die Durchbindung in Nebenverkehrszeiten für das Bestellerentgelt, das aus Trassenpreisen, Stationspreisen und der Betriebsleistung bestehe,

müsste zu 50 % von Hamburg und zu 25 % von Schleswig-Holstein getragen werden. Die genaue Zusammensetzung der Kosten könne übersandt werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung zur Anmeldung des Landes Schleswig-Holstein zum Teil III des 33. Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 2004 bis 2007 (2008)

Drucksache 15/3130

hierzu: Überweisungsschreiben des Landtagspräsidenten vom 19. Dezember 2003

M Dr. Rohwer nennt als Stichtag für den Bericht der Landesregierung - eine Frage der Abg. Aschmoneit-Lücke - den 23. Mai 2003. Aktuellere Planungen in Sachen Standortschließung seien nicht berücksichtigt. Es gebe noch keinen Fall, in dem die Einvernehmensregelung - Seite 3 des Berichts, Drucksache 15/3130 -, die erst einige Monate bestünde, gegriffen habe, wonach Abg. Schmitz-Hübsch gefragt habe. Die alte abgeschwächte Abstimmungsregelung sei mehrmals angewendet worden. Die Finanzierungstabellen berücksichtigten die Kürzung der GA-Mittel. Kaltenkirchen sei kein GA-Fördergebiet. Was in Sachen Schiffbau aus GA-Mitteln gefördert werde, könne schriftlich nachgereicht werden. Wenn auf Seite 2 Kennzahlen aus dem Jahre 1997 genannt würden - eine Frage von Abg. Ritzek -, entspreche das den Anforderungen des GA-Begleitausschusses. Details zum Infrastrukturindikator könnten zugeschickt werden, ebenso Informationen zum „Fachkräftemangel in einem breiten Branchenspektrum“, Seite 8 des Berichts. Wenn sich nachhaltige Änderungen zum Beispiel durch Entscheidungen zu Standortreduzierungen ergäben, könne darauf intern durch Umschichtungen reagiert werden. Wenn die Änderungen so gravierend seien, dass sie regionalpolitische Diskussionen in ganz Deutschland auslösten, würden neue Forderungen aufgestellt, etwa nach einer Erhöhung des gesamten Mittelpfands.

AL Dr. Haass antwortet auf eine Frage von Abg. Schmitz-Hübsch, Fördermittel müssten dann zurückgezahlt werden, wenn etwa das Arbeitsplatzziel nicht erreicht werde. Im Insolvenzfall genössen solche Forderungen nicht Priorität. Ob und in welcher Höhe Motorola zurückzahlen müsse - eine Frage der Vorsitzenden, Abg. Strauß -, werde noch geprüft. Es werde dann Gespräche mit dem Landtag geben, diese Gelder in der Region Flensburg wieder einzusetzen.

M Dr. Rohwer versichert, dadurch, dass die Rückforderung nicht prioritär bedient werde, sei ausgeschlossen, dass ein Unternehmen deswegen in die Insolvenz getrieben werde, weil es Fördergelder zurückzahlen müsse. Die Höhe der Rückzahlung von Motorola liege noch nicht

fest; hier habe auch der Bund ein Mitspracherecht. Der Landesanteil, nämlich die Hälfte, würde in die Region zurückfließen. Welche Projekte gefördert würden, würde einvernehmlich mit der Region entschieden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, dem Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/3130, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Investitionsbank 2002

Drucksache 15/2752

(überwiesen am 26. September 2003 an den **Finanzausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Herr Koopmann gibt über den schriftlich vorliegenden Bericht, Drucksache 15/2752, hinaus Informationen über das Geschäftsjahr 2003. Das Fördervolumen habe sich 2003 um 31 Prozent auf 1,33 Milliarden € erhöht. Zurückzuführen sei das im Wesentlichen auf den Immobilienbereich und den kommunalen Bereich. Das Fördervolumen für die Wirtschaft habe sich von 155 Millionen € in 2002 auf 134 Millionen € in 2003 verringert. Das Ergebnis vor Bewertung habe sich in 2003 gegenüber 2002 - Seite 19 des Berichts - auf 19,8 Millionen € erhöht. Die Erträge summierten sich in 2003 auf 56,2 Millionen €, weniger als 2002. Die Personalkosten seien auf 19,5 Millionen € gestiegen, die anderen Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen auf Anlagen seien auf 16,9 Millionen € gesunken, was mit der Verselbstständigung zusammenhänge. Das Ergebnis nach Risikovorsorge werde in 2003 geringer ausfallen als in 2002. Es gebe mit dem Finanzministerium Einvernehmen, dass in 2004 für 2003 keine Ausschüttung vorgenommen werde.

Auf Fragen von Abg. Schmitz-Hübsch antwortet Herr Koopmann, die Investitionsbank schüttele ihre Gewinne an das Land aus, die nach dem IB-Gesetz für Projekte verwendet werden sollten, die bei der IB gefördert würden. An einzelbetrieblicher Förderung seien 2002 lediglich 7 Millionen € nachgefragt worden, 2003 jedoch 24 Millionen €. Eine Förderung sei auch möglich, wenn Investitionen dazu führten, dass Arbeitsplätze gehalten werden könnten oder nicht überproportional viele abgebaut würden. Die Investitionsbank erstelle ein neues Aufgabenspektrum für die Energieagentur. Mit dem Wirtschaftsministerium solle über einen Aufgabenübertragungsvertrag mit dem Land gesprochen werden. Dass in einer Verselbstständigungsphase Gewinne hätten gesteigert werden können, habe daran gelegen, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rasch auf neue Aufgaben eingestellt hätten. Die Förderung im Kommunalbereich werde für 2004 nicht unter dem Ergebnis von 2002 liegen - eine Nachfrage von Abg. Ritzek -, was auch für den Immobilienbereich gelte. Ein Grund für den Erfolg seien die Kooperationsverträge mit Hausbanken oder Bausparkassen.

Herr Barkow führt weiter aus, die Aufwandsrentabilität ergebe sich aus einem Teilbereich, nämlich dem Zweckvermögen Investitionsbank. Sie werde in 2004 gegenüber 2003 nicht sin-

ken, jedoch auch nicht groß ansteigen, da die Aufwendungen für die Verselbstständigung zu berücksichtigen seien.

Herr Koopmann bestätigt der Vorsitzenden, Abg. Strauß, die Investitionsbank übernehme bei Existenzgründungen auch Hausbankfunktion: Seite 30 des Berichts. Wenn sich eine Hausbank allerdings weigere, ein Projekt zu unterstützen, müsse genau abgeklärt werden, woran das gelegen habe: weil sie vom Sinn nicht überzeugt gewesen sei oder weil der Betrag zu klein gewesen sei. In 2003 habe es im Rahmen der „Starthilfe Schleswig-Holstein“ 284 Anträge gegeben. Davon seien 61 mit einem Volumen von 2,8 Millionen € positiv abgeschlossen, 69 seien noch in Bearbeitung, 24 seien eingestellt, 44 nach intensiver Beratung zurückgezogen, 86 abgelehnt worden.

Herr Barkow bietet Abg. Benker an, Zahlen für 2003 zum Meister-BAföG nachzureichen, sobald sie vorlägen.

Herr Koopmann verneint, durch den Anstieg der Betriebsinsolvenzen seien nicht mehr Darlehen für das Meister-BAföG Not leidend geworden. Die Entwicklung in der Zukunft müsse jedoch abgewartet werden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Investitionsbank 2002, Drucksache 15/2752, einstimmig zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Berichte des Wirtschaftsministers

- über aktuelle Entwicklungen bei der AKN
- zu Konsequenzen der FLEX-/NVAG-/NNVG-Insolvenz
- zum Ausschreibungsverfahren bezüglich der Strecke Flensburg (Padborg)-Hamburg
- zu den Auswirkungen der Umsetzung der Vereinbarungen im Vermittlungsausschuss auf die Regionalisierungsmittel für Schleswig-Holstein und der Erhöhung der Netz- und Stationskosten durch die DB-Netz

M Dr. Rohwer berichte, über **aktuelle Entwicklungen bei der AKN**. Ein Gutachten zur künftigen Positionierung und Strukturierung der AKN sei vergeben worden. Szenarien seien der Status quo, die strategische Beteiligung von Dritten und die Trennung von Netz und Betrieb. Es gebe Gespräche mit Hamburg, dem anderen Partner an der AKN, über dessen strategische Vorstellungen. Es gebe keine Entscheidungen von schleswig-holsteinischer oder Hamburger Seite über den Verkauf von Anteilen. Wenn das Gutachten vorliege, würden Gespräche zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg über die verschiedenen Optionen geführt. Für 2008 sei eine Vergabe für das AKN-Teilnetz angedacht. Bis dahin müsse die AKN in der Lage sein, im Wettbewerb mitzubieten. Für den Zeitraum bis 2008 könnten Verträge geschlossen werden, die degressive Preise vorsähen, wie es schon im HVV gemacht worden sei. Dahin tendiere der Gutachter. Die andere Möglichkeit sei, einen Status-quo-Vertrag zu machen und das Defizit abzudecken. Die politische Entscheidung sei noch zu treffen. Bei der AKN lägen die Kosten pro gefahrenem Kilometer vergleichsweise hoch. Es führe nicht weiter, etwa Pensionslasten herauszurechnen, da sie da seien. Es seien Strukturmaßnahmen erforderlich, um die AKN für einen möglichen strategischen Partner interessant zu machen. Das endgültige Gutachten werde im Laufe des ersten Halbjahres 2004 erwartet.

Zu den **Konsequenzen der NVAG-Insolvenz** führt M Dr. Rohwer aus, die NVAG sei im Personenverkehr für die Strecke Dagebüll–Niebüll relevant. Der dortige Verkehr werde fortgeführt. Beim Güterverkehr seien die Hauptprobleme gelöst; die Norddeutsche Eisenbahngesellschaft übernehme einen Großteil. Eingestellt worden seien die Mülltransporte zwischen Flensburg und Neumünster. Alles andere werde fortgeführt. Einzelheiten zur Abrechnung mit der Deutschen Bahn AG - eine Nachfrage von Abg. Schmitz-Hübsch - könnten schriftlich nachgereicht werden.

M Dr. Rohwer schildert, die **Ausschreibung bezüglich der Strecke Flensburg–Hamburg** sei im Dezember im EU-Amtsblatt für den Zeitraum Dezember 2005 bis 2014 veröffentlicht worden. Die Eckpunkte seien die gegenwärtigen: acht Zugpaare, ein Zugpaar zwischen Flensburg und Neumünster, Nebenangebote mit mehr oder weniger Zugpaaren seien möglich, Haltekonzepte wie heute, aber auch Angebote zur Flügelung der Züge seien im Nebenangebot möglich. Neue Fahrzeuge seien nicht zwingend nötig, jedoch müssten Mindeststandards eingehalten werden. Weitere Nebenangebote seien möglich und auch erwünscht, zum Beispiel Radmitnahme oder niedriger Einstieg, wonach Abg. Benker gefragt habe. Frist für die Angebotsabgabe sei der 27. Februar 2004. Die Vergabe sei für den Sommer 2004 geplant, damit die Vorlaufzeit anderthalb Jahre betrage. In bisherigen Ausschreibungen habe es nie Probleme mit der Tariftreue gegeben, wonach die Vorsitzende, Abg. Strauß, gefragt habe.

Zu den **Auswirkungen der Umsetzung der Vereinbarungen im Vermittlungsausschuss** teilt M Dr. Rohwer mit, es gebe drei Problemkreise. Die Regionalisierungsmittel seien für 2004 um 2 Prozent gekürzt worden, was für Schleswig-Holstein 4,3 Millionen € bedeute. Dem stünden auf Landesebene Kürzungen im Bereich des Ausbildungsverkehrs in 2004 um 4 Prozent, in 2005 um 8 Prozent und in 2006 um 12 Prozent gegenüber. Das seien Subventionskürzungen, die die Empfänger dazu veranlassen sollten, Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen. Dazu müssten die Kostensätze der Busunternehmen und die Gültigkeitstage überprüft werden. Es sei mit Effizienzsteigerungen zu rechnen, in Teilbereichen allerdings auch mit Preissteigerungen.

RL Himstedt antwortet auf eine Frage der Vorsitzenden, Abg. Strauß, einen Rechtsanspruch auf Gelder für den Ausbildungsverkehr hätten die Verkehrsunternehmen. Im Schienenpersonennahverkehr werde der Rechtsanspruch über die Verkehrsverträge abgegolten. Es werde erwartet, dass Unternehmen diese Ausgleichsleistung in ihren Preisen einkalkulierten. Im Busverkehr würden unternehmensbezogen Anträge gestellt; die Ausgleichsleistung werde den Verkehrsunternehmen direkt gewährt. Für die Zukunft sei angedacht, diese Mittel den Kreisen zur Verfügung zu stellen, die über Verkehrsverträge die Ausgleichsleistung im Ausbildungsverkehr abgelten könnten, da der Schülerverkehr weitgehend in den ÖPNV integriert sei.

M Dr. Rohwer wirbt dafür, die Schulbeginnzeiten zu staffeln, damit Busse besser ausgelastet werden könnten.

RL Himstedt antwortet der Abg. Aschmoneit-Lücke, das Verkehrsangebot für 2004 sei bestellt und werde so gefahren. Es sei zu überlegen, welche Maßnahmen für 2005 geschoben werden könnten.

Abg. Aschmoneit-Lücke kündigt an, den diesbezüglichen Antwort der FDP für die Plenumsitzung im Januar eventuell zurückzuziehen.

M Dr. Rohwer stellt klar, sein Ziel sei, die Effizienz zu steigern und notfalls Maßnahmen um ein Jahr zu schieben, aber auf keinen Fall Verkehre zu reduzieren.

RL Himstedt informiert Abg. Schmitz-Hübsch, die Anträge der Busunternehmen auf Ausgleichsleistungen würden vom Landesamt für Straßenbau und Verkehr bearbeitet. Die Antragsdaten würden von Wirtschaftsprüfern testiert. Grundlage seien im Wesentlichen die Schülerlisten der Schulträger. Der Rechnungshof wolle diesen Bereich eventuell noch 2004, auf jeden Fall aber 2005 prüfen, ebenfalls die Erstattung für die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten.

Der Ausschuss nimmt die Berichte des Wirtschaftsministers entgegen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht zum Bundesverkehrswegeplan

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2821

(überwiesen am 14. November 2003 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht zum Bundesverkehrswegeplan, Drucksache 15/2821, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht über die Reduzierung von statistischen Erhebungen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2549

(überwiesen am 4. April 2003 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdruck 15/3411

M Dr. Rohwer stellt den Bericht der Landesregierung bezüglich der Wirtschaftsstatistiken vor - Drucksache 15/2549 und Umdruck 15/3411 - und berichtet darüber hinaus, es sei Auftrag einer Arbeitsgruppe zu klären, welche gemeinsamen Vorschläge von Hamburg und Schleswig-Holstein zur Vereinfachung von Statistiken es gebe. Das Hauptproblem seien jedoch Bundesvorgaben, sodass die Zusammenlegung der Ämter von Hamburg und Schleswig-Holstein kein großes Entlastungspotenzial bedeute, wenn die Daten nach wie vor getrennt erhoben würden. Die Mitarbeiterzahl der zusammengelegten Behörde könne nachgereicht werden. Im Jahre 2004 werde es zwei statistische Entlastungen geben. Bei der Arbeitskostenerhebung werde der Umfang der Stichproben gesenkt. Durch die Reform der Handwerksordnung ergebe sich eine Reduzierung der Berichtspflicht, da die Zahl der Meisterberufe verringert worden sei. Es sei zu wünschen, dass der Landtag die Initiativen Schleswig-Holsteins im Bundesrat unterstütze.

AL Dr. Haass antwortet auf eine Frage von Abg. Kerssenbrock, die Bundesratsinitiative zum Abbau von statistischen Erhebungen gehe quer durch A- und B-Länder. Gründe seien Verwaltungstraditionen oder die Tatsache, dass einzelne Wirtschaftsministerien eigene Konjunkturerhebungen machten. Die Zusammenlegung der statistischen Ämter Hamburgs und Schleswig-Holsteins ermögliche Synergieeffekte nicht nur bei der Wirtschaftsstatistik, sondern vor allem auch in anderen Bereichen, was zu Kosteneinsparungen führe.

M Dr. Rohwer teilt auf Fragen von Abg. Benker mit, dass im Wirtschaftsministerium jede Vorlage und jedes Verordnungsvorhaben daraufhin überprüft werde, ob es nötig sei. Um die Regierung zu kontrollieren, seien Statistiken unabdingbar, jedoch sollte stets daran gedacht werden, die Zahl niedrig zu halten. Ob kleine Beherbergungsbetriebe erfasst werden müssten, sei nicht von vornherein zu bejahen. In Schleswig-Holstein gebe es das Tourismusbarometer.

Von daher sei auch keine repräsentative Statistik nötig, wie von Abg. Matthiessen vorgeschlagen.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss einstimmig, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/2549, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Förderung von Existenzgründungen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2716

(überwiesen am 13. November 2003 zur abschließenden Beratung)

M Dr. Rohwer stellt auf eine Frage von Abg. Aschmoneit-Lücke dar, dass sich das gute Gründungsklima 2003 nicht auf dem Arbeitsmarkt ausgewirkt habe, liege an Sondereffekten in einzelnen Branchen - Schiffbau, Ernährungswirtschaft und chemische Industrie - und an der großen Zahl von Insolvenzen. Die Arbeitsplatzverluste seien durch Neugründungen nicht kompensiert worden. Von vornherein führten Existenzgründungen nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen, da es sich um Ein- oder Zweipersonenunternehmen handele und die Existenzgründer aus Insolvenzen oder aus der Arbeitslosigkeit kämen. Das Existenzgründerinnenprogramm - eine Frage von Abg. Kerksenbrock - sei nicht wirkungslos gewesen. Es sei zu einem kombinierten Existenzgründungsprogramm erweitert worden. Die Nachfrage nach Fördermitteln zur Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit sei so groß gewesen, dass es haushaltmäßige Engpässe gegeben habe. Es werde nach einem Weg gesucht, Anträge auch nachträglich zu bescheiden, damit nicht diejenigen, die schon angefangen hätten, leer ausgingen. Die Interessen kleiner und mittlerer Unternehmen seien bei Basel II nun deutlich besser berücksichtigt, was allerdings nicht zu einem wesentlich anderen Bankenverhalten führen werde. Denn das veränderte Rating-Verfahren liege in Strukturproblemen der Banken. Es müsse sich eine neue Mittelstandsphilosophie in den Banken bilden. Die Investitionsbank biete ihre Hilfe an.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/2716, einstimmig abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Mittelstandsoffensive liegen geblieben?

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2896

(überwiesen am 26. September 2003)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/2896, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Entschließung zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2441

(überwiesen am 20. Februar 2003 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle übrigen Ausschüsse)

hierzu: Umdrucke 15/3134, 15/3135, 15/3143, 15/3336, 15/3399, 15/3443,
15/3464, 15/3475, 15/3485, 15/3487, 15/3488, 15/3500,
15/3536, 15/3554

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2441, abzulehnen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2990

(überwiesen am 13. November 2003 an den **Agrarausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/2900, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss kommt zum Thema **Science Center „Phänomenta“** überein, nicht nur die Städte Kiel und Flensburg aufzufordern, ihre Konzepte im Ausschuss vorzustellen, sondern auch dem vom Wirtschaftsministerium beauftragten Gutachter Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Sitzung, die als gemeinsame Sitzung mit dem Bildungsausschuss vorgesehen sei, solle an einem noch zu bestimmenden zusätzlichen Termin stattfinden. Die Vorsitzende wird beauftragt, am Rande der nächsten Plenartagung die Terminkoordinierung vorzunehmen.

Der Ausschuss kommt überein, in der zweiten Augustwoche 2004 eine zwei- bis dreitägige **Ausschussreise** durchzuführen. Ziel solle der Ostseeraum sein.

Die bei **co op** geplante Ausschusssitzung ist für den 12. Mai 2004, 10 Uhr, vorzusehen.

Die Fraktionen werden gebeten, Vertreter für die **Delegationsreise zur Tourismusbörse** zu benennen.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, teilt mit, dass der Deutsche Bundestag vom 1. bis 4. Juli 2004 in Bonn eine Internationale Konferenz für erneuerbare Energien durchführen werde. Der Landtag sei gebeten worden, drei Abgeordnete des Parlaments zu entsenden. Sie bittet die Fraktionen, diese gegenüber dem Präsidenten zu benennen.

Weiter informiert die Vorsitzende den Ausschuss darüber, dass die Ergebnisse der Evaluierung des **Regionalprogramms** im Internet abrufbar sind.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, schließt die Sitzung um 13:00 Uhr.

gez. Roswitha Strauß

Vorsitzende

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer